PARTEITAG

SPD Düsseldorf

7. November 2009, 10.00 Uhr
Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Düsseldorf

An
alle Delegierten des UB-Parteitages

die Revisionskommission,
die im UB gewählten Bundes-, Landtags- und Europaabgeordneten,
Ratsmitglieder, Kandidaten/innen,
die SPD-Beigeordneten,
die Vertreter der UB-Arbeitsgemeinschaften,
die UB-Ausschussmitglieder,
die Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt,
die Vorsitzenden der SJD - Die Falken und des Arbeitersamariterbundes,
der Regio Bergisches Land/Düsseldorf, dem SPD-Landesvorstand und SGK zur Kenntnis,

9.10.2009

Einladung zum außerordentlichen Parteitag der SPD Düsseldorf

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit laden wir Euch herzlich zu einem außerordentlichen Parteitag der SPD Düsseldorf ein.

Nach dem enttäuschenden Wahlsonntag möchten wir mit Euch zusammen die notwendigen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis für Düsseldorf und die Bundespolitik diskutieren sowie zukunftsorientierte inhaltliche Positionierungen erarbeiten. Es besteht die Möglichkeit Anträge an den Bundesparteitag zu formulieren, der Mitte November in Dresden stattfinden wird.

Auf unserem Parteitag wollen wir ebenfalls die Reihenfolge unserer vier Landtagskandidaturen für die Landesliste festlegen.

Parteitag der SPD Düsseldorf
Samstag, 7. November 2009, ab 10.00 Uhr
Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium
Brucknerstr. 19
40593 Düsseldorf

Anträge an den außerordentlichen Parteitag bitten wir uns aus organisatorischen Gründen schriftlich bis zum 30. Oktober 2009 mitzuteilen.

Wir bitten alle stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages sich den Termin vorzumerken und ihr Mandat wahrzunehmen oder gegebenenfalls die Vertretung durch Ersatzdelegierte sicherzustellen. Die Delegierten-ausweise werden bei der Türkontrolle ausgegeben. Die vorläufige Tagesordnung liegt diesem Schreiben bei. Gäste sind herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Kortmann
Vorsitzende

Günter Freitag
Geschäftsführer

Parteitag der SPD Düsseldorf
Samstag, 7. November 2009, ab 10.00 Uhr
Annette-von-Droste-Hülshoff Gymnasium
Brucknerstr. 19, 40593 Düsseldorf

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

A. Organisatorisches

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Leitung des Parteitages
3. Wahl der Mandatsprüfungskommission
4. Wahl einer Zählkommission
5. Wahl der Antragskommission
6. Annahme der Tagesordnung

B. Die Zukunft der SPD

1. Impulsreferate
2. Diskussion
3. Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge

C. Festlegung der Reihenfolge der Landtagskandidaturen

Delegierte zum Parteitag

Ortsverein		Delegierte UBP
Düsseldorf-Mitte		9
Angermund		2
Benrath		8
Bilk		6
Derendorf-Golzheim		14
Düsseltal-Flingern		10
Düsseldorf-Nord		6
Eller		7
Flingern		4
Freiheit		4
Freilichtbühne		3
Friedrichstadt		5
Garath-Hellerhof		4
Garath-Ost		3
Grafenberg-Ludenberg		7
Gerresheim-Torfbruch		5
Hassels-Reisholz		4
Heerdt-Lörick		6
Hennekamp		2
Holthausen		3
Hubbelrath		1
Lierenfeld		4
Mörsenbroich		3
Oberbilk		5
Oberkassel-Niederkassel		6
Rath		8
Tannenhof		4
Unterbach		3
Unterbilk-Hamm		5
Unterrath-Lichtenbroich		4
Unterrath-West		5
Wersten		7
Wittlaer		3
GESAMTERGEBNIS		170

Konstituierung

Leitung	
Matthias Herz	Leitung
Hans-Peter Milles	1. Stellvertretung
Claudia Bednarski	2. Stellvertretung
Birthe Hülsen	1. Schriftführung
Christian Lützeler	2.Schriftführung
Antragskommission	**Stimmberechigte Mitglieder**
Hans-Peter Fußhoven	OV Freiheit
Heinz Worbs	OV Freilichtbühne
Claus Eppe	OV Friedrichstadt
Gerfried Ristan	OV Garath -Hellerhof
Michael Sonnenberg	OV Garath -Ost
Karl-Heinz Krems	OV Gerresheim Torfbruch
Rudolf Halberstadt	OV Gerresheim - Grafenberg - Ludenberg
Antragskommission	**Beratende Mitglieder**
P.Tacer/B.Sieweke	UB-Vorstand
Hans-Peter Milles	UB-Ausschuss
Eda Akcan	Jusos
Bergit Fleckner-Olbermann	AsF
Christian Weiß	ASJ
Wird delegiert	AGS
Heinz-Werner Schuster	AfA
Mandatsprüfung	
Roger Krempe	OV Wersten
Friedhelm Thesing	OV Wittlaer
Hans-Jürgen Schröder	OV Düsseldorf-Mitte
Ingrid Behrendt	OV Angermund
Zählkommissionen	
Rajiv Strauß	OV Benrath
Beate Stankowski	OV Bilk
Anne Schmidt	OV Derendorf-Golzheim
Dagmar Strand	OV Düsseltal-Flingern
Christian Weiß	OV Düsseldorf-Nord
Uwe Fischer	OV Eller
Wilma Scherf	OV Flingern
Rudi Broich	OV Freiheit

Antrag 1

Antragsteller: Jusos-Düsseldorf
Adressat: Bundesparteitag
Antragskommission: Annahme

SPD erneuern
Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Erforderlich ist jetzt eine intensive Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei. Wir brauchen einen radikalen Erneuerungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle Kräfte und dabei vor allem auch die Fraktion und die Partei gemeinsam an dieser Erneuerung arbeiten müssen. Zudem muss die SPD ihre Rolle als Oppositionspartei finden. Wir werden uns als Oppositionspartei neben den Grünen und der Linken profilieren müssen, und bei den anstehenden Wahlen auf allen Ebenen für eine starke SPD als Regierungspartei kämpfen. Dies wird ein schwieriger Weg.

Inhaltliche Erneuerung
Die SPD hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfs die richtigen Inhalte des Regierungsprogramms nicht abgenommen. Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der Agenda 2010: Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Das haben uns unsere Wählerinnen und Wähler nicht verziehen – und gingen entweder nicht zur Wahl oder wanderten ab. Das ergaben zumindest die Wahlanalysen der Umfrageinstitute.
Wir brauchen eine konsequente und überzeugende Abkehr von dem Prinzip und Stil der Politik der Agenda 2010, ohne dabei richtige politisch- inhaltliche Reformmaßnahmen in Frage zu stellen.

Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden. In der Regierung haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als wir nun im Regierungsprogramm versprochen hatten. Wer sich im Programm für „Gute Arbeit“ einsetzt und mit der Politik der Agenda 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnsektors befördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das gilt auch für andere Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eingesetzt, zwei Monate später haben wir sie sogar deutlicher erhöht als vorher von der Union gefordert. In programmatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir uns für den falschen Weg der Bahnprivatisierung eingesetzt. In der Finanzkrise fordern wir eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung wurden bestehende Regulierungen drastisch gelockert. Hinzu kamen weitere Fehlentscheidungen in der Innenpolitik: Das Erstarken der Piratenpartei bei den JungwählerInnen ist nicht zuletzt auf die Entscheidung für unsinnige Netzsperren und die Ausweitung von Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Spätestens seitdem ist die SPD auch im Bereich der BürgerInnenrechte nicht mehr der Garant für Freiheit.

Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung vielfach nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert eben nicht, einerseits im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern, und andererseits die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda 2010 und ihre Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist auch die Oppositionsrolle glaubwürdig, Ein Einfaches “weiter so” kann es nicht geben.

Strategische Erneuerung

Die scharfe Abgrenzung von und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sackgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig. Beide Koalitionsoptionen sind in der Bevölkerung und insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und Anhängern unbeliebt.

Ein SPD-Kanzlerkandidat, der nicht Kanzler werden kann, weil er von vorneherein die einzig realistische Koalition ausschließt, überzeugt die Menschen nicht. Das ist zumindest ein strategisches Dilemma. Natürlich ist eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne weiteres möglich. Die SPD muss nun aber einen Diskurs gemeinsam mit der Partei "Die Linke" einleiten, um Möglichkeiten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört ebenso, den Ländern, in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der programmatischen Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links von Union und FDP möglich sind, keine Steine in den Weg zu legen.

Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen Wählerinnen und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zurück zu den Menschen vor Ort zu finden, um so verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Ein klares Ziel muss für die SPD sein den engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben. Denn nur durch das Gewinnen von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr linkes Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Dies bedeutet den Abschied von einem Marketing der Politikinhalte und leeren Phrasen wie „Unser Land kann mehr" hin zu einer an Vertrauen orientierten Politik. Nicht nur Wahlkampf, sondern langfristige Vertrauensarbeit in und mit der Zivilgesellschaft gibt der SPD eine langfristige Perspektive!

Personelle Erneuerung

Der SPD fehlt Glaubwürdigkeit. Dies hat inhaltliche, aber auch personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten Regierungsprogramms konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht von der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemokratie nicht vermitteln, warum diejenigen Personen, die jahrelang marktradikalen Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere, entgegen gesetzte Politik machen sollen. Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht von den Fehlern der SPD-Regierungspolitik distanziert, sondern verteidigen noch immer die damaligen Entscheidungen.

Die notwendige Erneuerung der Partei muss auch eine personelle Erneuerung bedeuten. Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für einen Neuanfang stehen. Daher muss bis zum Bundesparteitag im November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das künftige Spitzenpersonal geführt werden. Nach dem Parteitag muss die Partei über einen Vorstand verfügen, der auch personell den Neuanfang hin zu einer Politik sozialer Gerechtigkeit glaubwürdig und dauerhaft vertreten kann.

Wir müssen ein breites Personaltableau aufstellen. Die Position des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden in eine Hand zu geben, wäre aktuell ein Fehler.

Organisatorische Erneuerung

In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen muss. SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch,

Konzepte zu entwickeln, die den Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten.

Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität gewinnen.

Antrag 2

Antragsteller: SPD Benrath-Urdenbach
Adressat: UB-Vorstand
Antragskommission: Annahme

Organisation des SPD - Zukunftsprozesses

Der UBV setzt eine Arbeitsgruppe ein, die bis Ende 2009 eine schriftliche Analyse zu den Ergebnissen der BT-Wahl und der Kommunalwahl 2009 vorlegen wird. Die Analyse setzt sich aus einem Datenteil und einem inhaltlichen Teil zusammen. Das Ergebnis wird allen Ortsvereinen zur Diskussion übersandt und wird bei dem ersten Unterbezirksparteitag Düsseldorf in 2010 beraten werden. Um eine breite Diskussion innerhalb der Partei anzuregen, wird der UBV vorab eine Befragung der Ortsvereine zur weiteren thematischen Behandlung durchführen.

Begründung:

Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2009 mit einem Verlust von – 11,2 % der bundesweit abgegebenen Stimmen (Düsseldorf: -11,8 %) im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 die mit absolutem Abstand höchste Einbuße an Stimmern seit 1949 erzielt. Die bisher bekannten größten Verluste und Gewinne bei Bundestagswahlen für die SPD lagen bei ca. 4,7 % der Stimmen (-4,7 % bei der BT-Wahl 1983, +4,5 % bei der BT-Wahl 1998). Die SPD hat bei der Kommunalwahl 2009 mit 23,3 % der Stimmen ihr bislang schon schlechtestes Ergebnis nach 1946 (30,3 % der Stimmen in 2004) noch einmal um 7 % unterschritten.

Um die Gründe für diese außerordentlichen und dramatischen Verluste zu analysieren und um die Partei für und in der Zukunft für eine Mehrheit der Bevölkerung wieder wählbar zu machen, hält der Unterbezirk die in dem oben genannten Beschluss gefasste Vorgehensweise für notwendig.

Folgende Anregungen werden der zu gründenden Arbeitsgruppe als Arbeitsmaterial und als zu berücksichtigende Vorgehensweise bei dem weiteren Diskussionsprozess gegeben:

1. Der Unterbezirk Düsseldorf wird im Jahr 2010 Parteitage durchführen, die inhaltliche Schwerpunktthemen haben, z.B. soziale Gerechtigkeit, Bildung und Schulen, Handlungsfähigkeit des Staates angesichts der Überschuldung, Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnraum, Bürgerbeteiligung, Herausforderungen für Jugendliche, Umweltpolitik, Europäische Visionen. Damit will sich der Unterbezirk in die bundes- und landespolitisch zu führenden Debatten einbringen. Der UBV wird Themen vorschlagen, die sich aus den Analysen ergeben. Es können bei einem Parteitag auch mehrere Themen, vorbereitet und begleitet durch Themengruppen, behandelt werden.

2. Der Unterbezirk spricht sich für eine Streitkultur aus, um inhaltliche und parteipolitische Auseinandersetzungen zu führen. Im Kern wird es um die Beantwortung der Frage gehen, zu welchen Problemen und drängenden Fragen der Gesellschaft die Sozialdemokratie benötigt wird und welchen Beitrag sie geben kann.

3. Die inhaltliche Auseinandersetzung soll oberste Priorität haben, auch über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in 2010 hinweg.

4. Der Unterbezirk ist der Ansicht, dass die SPD in Düsseldorf viele, auch unterschiedliche Ansichten und Interessen in sich vereinigen kann. Er wird dafür inhaltlichen und

personellen Raum geben. In die zu führenden Diskussionen sind vor allem gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, z.B. Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Jugendverbände, Umweltverbände und Kirchen.

5. Auf der operationellen Ebene werden der UBV und die Arbeitsgruppe eine Umfrageaktion unter den Mitgliedern des UB Düsseldorf prüfen, um eine weitere Grundlage für eine breite Diskussion sozialdemokratischer Grundziele in den einzelnen Politikfeldern zu erhalten. Von der Arbeitsgruppe zu entwickelnde Fragebögen könnten an die Mitglieder des Parteitages ausgegeben werden und besonders in den Ortsvereinen diskutiert und beantwortet werden. Eine Rücksendung der Fragebögen über die Arbeitsgruppe an den UBV führt zu einer Auswertung, zu einer Zusammenfassung der Antworten und daraus ableitbaren Vorschlägen zur Diskussion in Arbeitskreisen auf den nächsten Parteitagen. Ergebnisse sollen dann an die Landes- und Bundespartei weitergegeben werden.

Antrag 3

Antragsteller: SPD Unterbilk-Hamm-Hafen
Adressat: SPD-Landesverband
Antragskommission: Annahme

Der Parteitag des Unterbezirks Düsseldorf bittet den Vorstand des SPD-Landesverbandes NRW einen Bericht über seine Bemühungen zur Umsetzung des am 1.4.2006 vom Landesparteitag mit großer Mehrheit beschlossenen Antrags O 7 des Unterbezirks Düsseldorf abzugeben.

Begründung:
Auf Antrag der Jusos stellte der UB Düsseldorf folgenden Antrag an den Landesparteitag:

„Antrag O 7 Barrierefreier Zugang zum Parteihaus Kavalleriestr. 16 in Düsseldorf
Der Landesvorstand wird aufgefordert sicher zu stellen, dass Mobilitätseingeschränkten der Zugang zum Parteihaus Kavalleriestr. 16 durch den Einbau geeigneter Hilfsmittel ermöglicht wird. Hierbei wird ausdrücklich darauf Wert gelegt, dass der Zugang durch den Haupteingang erfolgen kann.“

Der Antrag wurde angenommen, aber bisher wurde nicht umgesetzt. Nach dreieinhalb Jahren erscheint uns eine Nachfrage sinnvoll.

Antrag 4

Antragsteller: SPD Oberbilk
Adressat: UB-Parteitag
Antragskommission: Ablehnung

Der Tagesordnungspunkt „C“ wird gestrichen.

Der SPD-Unterbezirksparteitag wird keine Reihenfolge der in Düsseldorfer aufgestellten Kandidaten zur Landtagswahl 2010 für die Landesliste beschließen.

Begründung:

Beim derzeitigen Stellenwert der Düsseldorfer SPD auf Bezirks- und Landesebene ist nicht davon auszugehen, dass ein Vorschlag der SPD Düsseldorf bei der Aufstellung der Landesliste Beachtung findet. Deshalb sollte die Berücksichtigung der Düsseldorfer Kandidaten den Gremien überlassen werden, die die Landesliste aufstellen.

Im Auftrag für den OV
Karl-Heinz Goebels

Antrag 5

Antragsteller: SPD Wersten
Adressat: UB-Vorstand und SPD-Bundesparteivorstand
Antragskommission: Votum der Antragskommission erfolgt mündlich, da Antrag erst nach der Sitzung der AK eingegangen ist.

SPD erneuern
Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt. Schon die vorangegangenen Wahlen zum Europaparlament und Stadtrat brachten niederschmetternde Ergebnisse. In Düsseldorf hat die SPD bereits seit 1999 dramatische Wählerverluste einstecken müssen. Mit den Wählerverlusten einher geht auch ein schmerzlicher Mitgliederverlust.
Die SPD befindet sich insgesamt in einer schweren Krise, die nicht wie eine unvorhergesehene plötzliche Naturkatastrophe über uns gekommen ist. Die Erosion der Meinungsführerschaft auf wichtigen Politikfeldern ist ein bereits seit vielen Jahren zu beobachtender Prozess. Die SPD wird politisch nur wieder auf die Beine kommen und ihren Status als Volkspartei behaupten, wenn jetzt die längst überfällige intensive innerparteiliche Diskussion über die inhaltliche, strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei eröffnet wird. Wir brauchen einen grundlegenden Revitalisierungsprozess. Klar ist für uns hierbei, dass alle Kräfte der Partei gemeinsam und gut organisiert an dieser Erneuerung arbeiten müssen.
Bevor wir über neue Regierungskonstellationen nachdenken, müssen wir erst einmal Klarheit über unseren eigenen sozialdemokratischen Kurs gewinnen und dabei auch bereit sein, Positionen gerade aus den Regierungsjahren der großen Koalition auf den Prüfstand zu stellen. Dies wird ein schwieriger aber unausweichlicher Schritt.

Inhaltliche Erneuerung
Die SPD hat im Laufe der letzten zehn Jahre ein zunehmendes Glaubwürdigkeitsproblem bekommen. Die parteipolitische Großwetterlage führte trotz engagierter Wahlkämpfe und guter inhaltlicher Wahlprogramme zur Wählerwanderungen und Wahlmüdigkeit zu Lasten der SPD. Wesentliche Gründe für diese Entwicklung sind das in der Anfangsphase der „Schröder-Regierung“ erzeugte Image der „Politik der Bosse“ und die realen Folgen der Politik der Agenda 2010 bei vielen betroffenen Menschen. Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler sagen, die SPD habe mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben. Wir brauchen eine Bewertung über die Politik der Agenda 2010. Ihre Folgen müssen ehrlich, offen und konstruktiv aufgearbeitet werden. In Teilen wird es zu Eingeständnissen von Fehlern und Fehlentwicklungen kommen müssen. Ein Einfaches “weiter so” darf es nicht geben.

Soziale Gerechtigkeit, eines der Kernelemente sozialdemokratischer Identifikation, steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer Politik; dazu brauchen wir überzeugende Konzepte für die Überwindung der Finanzkrise und zur Kontrolle der Finanzmärkte. Wir müssen deutlicher machen, wie unsere Bildungspolitik Chancengerechtigkeit herstellt.

Strategische Erneuerung
Sozialdemokratische Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben, auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zu den Menschen vor Ort zu finden und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.
Nur durch das Gewinnen von Bündnis- und Dialogpartnern in der Zivilgesellschaft kann die SPD ihr Profil schärfen und sich so in der Bevölkerung wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen Gerechtigkeit etablieren. Vertrauensarbeit in und mit Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft stärkt die SPD in der Wählergunst und eröffnet ihr damit wieder eine realistische Perspektive für die führende Übernahme von Regierungsverantwortung auf allen

politischen Handlungsebenen! Ein klares Ziel muss für die SPD sein, den engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu üben.

Einer grundlegenden Diskussion in unserer Partei bedarf auch die Positionsbestimmung zur Linkspartei. Mit Priorität sind die Politikinhalte beider Parteien einer systematisch vergleichenden Aufarbeitung zuzuführen und auf Vereinbarkeiten mit den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der SPD zu prüfen. Danach erst ist strategischen Überlegungen Raum zu geben. In Ländern, in denen kurzfristig Entscheidungen über die Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke" zu treffen sind, und in denen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der programmatischen Nähe die Möglichkeit für Koalitionen links von Union und FDP möglich sind, sind diesen Koalitionen keine Steine in den Weg zu legen.
Für die SPD auf Bundesebene gilt es, ihre Rolle als stärkste Oppositionspartei zu finden und profiliert auszuüben.

Personelle Erneuerung
Die notwendige politische Revitalisierung der Partei muss auch eine personelle Erneuerung bedeuten. Der SPD fehlte auf der Ebene der Parteiführung personelle Kontinuität und zunehmend auch politische Glaubwürdigkeit. Daher muss bis zum Bundesparteitag im November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das künftige Spitzenpersonal geführt werden.

Wir müssen ein breites Personal-Tableau aufstellen, in dem die Positionen des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden personell getrennt wahrgenommen werden. Für die Parteispitze brauchen wir Menschen, die den Anspruch der SPD als Programmpartei erfüllen können, Charisma mitbringen und personelle Kontinuität bieten.

Nach dem Parteitag muss die Partei über einen Vorstand verfügen, der auch personell den Neuanfang glaubwürdig und dauerhaft vertreten kann. Die Wahl von Parteivorsitzenden auf allen Organisationsebenen soll durch Mitgliederentscheide herbeigeführt werden.
Die Mitgliedschaft der SPD ist überaltert. Die Wahlanalysen zeigen, dass die SPD bei den jungen Wählern bis Anfang 40 relativ gut abschneidet. Für diese Zielgruppe müssen wir sowohl inhaltlich überzeugend als auch organisatorisch attraktiv sein. Darüber hinaus muss unsere Partei umgehend eine groß angelegte zielgruppenorientierte Mitgliederwerbung in Gang bringen, die der Partei Nachwuchskräfte bringt, neue Impulse liefert und neue Kraft verleiht.

Organisatorische Erneuerung
Die SPD lebt von den Mitgliedern, die aus persönlicher Überzeugung und mit vollem Einsatz für ihre Partei einstehen. Deshalb bedarf es auch einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr innerparteilicher Demokratie führen muss. Die SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert. Entscheidend ist es dabei auch, Kommunikationskonzepte zu entwickeln, die den Parteimitgliedern mehr und neue Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung bieten. Um einen solchen Prozess zu initiieren und vor allem kontinuierlich zu begleiten braucht die Partei eine hauptamtliche Struktur in der Fläche.
Mit einer solchen Neuaufstellung kann die SPD auch wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit gewinnen.

C. Festlegung der Reihenfolge der Landtagskandidaturen

Wahlgang: Die Wahl zur Festlegung der Reihenfolge unserer Landtagskandidaten erfolgt analog der zur SPD-Bundeswahlordnung als Listenwahl (Beschluss des UBA vom 28.10.2009).

Auszug aus der Bundessatzung:
§ 8 (1) In Wahlgängen, in denen gleichzeitig mehr als eine Person zu wählen ist (Listenwahl), können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidaten und Kandidatinnen gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist.

§ 7 (3) Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Jürgen Büssow

Dirk Jehle

Karl-Heinz Krems

Markus Herbert Weske